

Kanzler Schröder und
Herausforderer Stoiber
im Profil-Vergleich

Ecken und Kanten oder Populismus pur

Dieter Weirich

„Staatsmann“ statt „Alpen-Apparatschik“, „Versöhnen statt spalten“, „Dialog statt Polarisierung“ – so tönt es aus der Kampa, der Wahlkampfzentrale der Sozialdemokraten, um die Vorzüge von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber dem Kandidaten der Union, Ministerpräsident Edmund Stoiber, anzupreisen. „Substanzlos und beliebig“, eine „hohle Nuss“, ein „Staatsschauspieler, der für alles und nichts steht“, „ein von der Tages-Demoskopie getriebener Populist mit einer trostlosen Regierungsbilanz“ – so hältt es aus der Union über den Regierungschef zurück. Solche Attacken lassen unschwer erraten, dass die eigentliche K-Frage aufgerufen ist: die Entscheidung über den künftigen Bundeskanzler, die bei der Bundestagswahl am 22. September dieses Jahres fällt. Der Dramaturgie zuliebe wird unisono mal wieder der voraussichtlich härteste Wahlkampf der Nachkriegszeit angekündigt, eine angesichts des nachlassenden Interesses an Politik in der Bevölkerung eher riskante Prognose. Schon die Wahlkämpfe der neunziger Jahre waren nicht gerade Thriller.

Ob die Wahl – wie manche Beobachter angesichts der Entwicklung von der Parteien- zur Mediendemokratie konstatierten – in den Medien entschieden wird, sei dahingestellt. Schon immer hatten die Medien ungleich größere Wirkungen als Werbekampagnen und Traktätchen von Parteien vor Wahlen. Bereits 1976 hatte Elisabeth Noelle-Neumann, die Pythia vom Bodensee, Aufsehen mit der These

erregt, Helmut Kohl habe die Bundestagswahl im Fernsehen verloren. Freilich, die Forschung zur Medienwirkung ist schwammig, ihre Ergebnisse umstritten. Am besten wird die Rolle der Medien durch den jiddischen Witz beschrieben: „Von was wird der Kaffee süß, vom Zucker oder vom Umrühren?“ Dass der umgerührte Kaffee das Geschmacksempfinden von immer volatileren, ungebundenen Wählern beeinflusst, wird man kaum bestreiten können. Die richtige Themensetzung in der veröffentlichten Meinung, die wohldosierte Präsenz in den Medien, der überzeugende Auftritt im Fernsehen – das ist der Stoff, aus dem die Träume vom Regieren gewebt werden. Man darf gespannt sein, ob die TV-Duelle zwischen dem Kanzler und seinem Herausforderer – sollten sie stattfinden – zu „Straßenfefern“ werden. Nicht auszuschließen, wenn man dem Duell zuvor eine dramaturgisch-sportive Note gibt, um eine Antwort nach dem amerikanischen Muster „Who was the winner?“ zu erhalten.

Der Medienkanzler

Gerhard Schröder ist der erste Medienkanzler der Bundesrepublik. Der in seiner Partei ungeliebte Kandidat wurde von den Medien an die Spitze gespült, die Ge nossen stellten Showtalent und Medienwirksamkeit über Zuneigung und Stallgeruch. Der Regierungschef weiß virtuos auf diesem Klavier zu spielen, pflegt seine Kontakte und bedient die Eitelkeit einiger *praeceptrores germaniae* der schreibenden Zunft. Hier fühlt er sich auf sicherem

Terrain, wähnt sich überlegen. Wie seine Prioritätenliste dabei aussieht, hat er mit dem flapsigen Kommentar „Auf Bild und Glotze kommt es an“ beantwortet. Dem Massen-Boulevard-Blatt wird im Regierungslager besondere Aufmerksamkeit geschenkt, ist es doch bei den informellen Totalverweigerern die beliebteste Lektüre. Außerdem ist es ein interessantes Instrument der Stimmungsdemokratie. Wie wichtig Stoiber die Medienfrage einschätzt, zeigt die Tatsache, dass er den früheren Boulevard-Chefredakteur und heutigen Kommunikationsberater Michael Spreng zu seinem Wahlkampfmanager berufen hat.

Er soll sich im Geflecht einer nicht leicht überschaubaren „Gremienwirtschaft“ der Unionsparteien Stimme und Gewicht verschaffen und gleichzeitig seinen neuen Chef mit den richtigen Ratschlägen für eine erfolgreiche Wahlkampfführung versorgen.

In der Darstellung Stoibers, der mit unklaren Aussagen zu seiner künftigen Regierungspolitik und einer schwachen Tagesform in der Talkshow von Sabine Christiansen einen eher mäßigen Start hatte, scheint man zu Recht auf Authentizität zu setzen. Stoiber – so Spreng bei einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin – sei in seiner „gelegentlich medial sperrigen Art“ ein Gegenentwurf zum „Staatschaupieler Schröder“.

Man könne ihn „nicht neu erfinden, er ist so, wie er ist“. Kreidefressen ist also nicht angesagt.

Ernster Mann für ernste Zeiten

„Ein ernster Mann für ernste Zeiten.“ Das ist – so Spreng – also die Unionsalternative zum Kanzler der Spaßgesellschaft. So manchen Auftritt zu Beginn seiner Amtszeit würde Schröder gerne selbst vergessen machen, etwa als Fernseh-Entertainer oder Dressman in piekfeinen Nobelanzügen. Ein „Bruder-Leichtfuß“-Image passt schließlich nicht zum Staatsmann, der an-

gesichts internationaler Einsätze der Bundeswehr über die gewachsene weltpolitische Verantwortung der Deutschen meditiert. Sein tolpatschiger Verteidigungsminister reicht für den Human-touch-Bedarf dieser Regierung.

„Politainment“ nennt Schröders SPD-Wahlkampfmanager Matthias Machnig die Selbstdarstellung von Spitzkandidaten in den Medien. Telegenität reiche aber im Fernsehen nicht aus, Positionen und Inhalte müssten stimmen, Stil und Symbolik seien wichtig, die Person und deren Substanz seien aber die Voraussetzung für den Erfolg. Und natürlich muss man das kleine Einmaleins des Mediengeschäfts kennen und sich darauf einstellen. Noch ganze sieben Sekunden Zeit hatten die Präsidentschafts-Bewerber im letzten amerikanischen Wahlkampf Zeit, um ihre Botschaft den Menschen nahe zu bringen. Bei Kohl und Schröder waren es 1998 im Durchschnitt immerhin noch zwanzig Sekunden. Die Vorstellung, die das Wahlvolk von Eigenschaften und Fähigkeiten eines Kandidaten hat, werden – so der Dresdner Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach – von „Sekundärfahrungen“ über die Medien „geprägt“. Welche Komplementärbilder verbinden sich vor diesem Hintergrund mit den beiden Kandidaten? Stoiber ist danach ein *Workaholic*, ungemein kompetent, detailverliebt, seriös, aber nicht ohne Antenne für Populismus. Er steht für Entschlussfreude und Durchsetzungskraft, allzu viel Humor wird ihm nicht attestiert, auch wenn er Ordensritter wider den tierischen Ernst in Aachen ist. Schröder ist von seiner Persönlichkeitsstruktur her das genaue Gegenteil. Details werden zumeist als störend empfunden. Erdenkint Schlagzeilen: für einen Tag Samariter bei einem angeschlagenen Baukonzern zu spielen und sich dafür öffentlich feiern zu lassen, aus der Krise noch einen Schlager zu machen, ohne sich später um das Kleingedruckte zu kümmern. Dem Wahlvolk prä-

sentiert er sich locker und leger, selbstbewusst und häufig mit einer Spur von Sarkasmus. Diese Reduzierung auf die Tagespolitik, ausgegeben als Krisenmanagement à la Helmut Schmidt, bringt Schröder aber einen Imagenachteil. Niemand weiß, wofür er steht. Dies löst latente Vertrauensvorbehalte bei den Wählern aus.

K-Frage: Kompetenzfrage

Die K-Frage ist auch die Kompetenzfrage. In Imageanalysen des Meinungsforschungsinstitutes EMNID liegt Stoiber bei den meisten Attributen wie Führungskraft und Leistungsvermögen bereits deutlich vor Schröder. Was seine Regierungsfähigkeit angeht, so kann er auf das weißblaue Musterland Bayern verweisen.

Bayern hat eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland, liegt beim Wirtschaftswachstum mit an der Spitze in der Bundesrepublik und hat eine im Vergleich zu anderen Bundesländern geringe Kriminalitätsrate zu verzeichnen.

Der sechzig Jahre alte Erfolgsmanager der „Bayern AG“ hat Staatsunternehmen konsequent privatisiert und die Einnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung der Bildung verwandt. Vor allem Südbayern ist heute ein weltweit bekannter Standort für Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik, München zählt zu den elektronischen Medienmetropolen der Republik. „Laptop und Lederhose“ steht als Synonym für die gelungene Verbindung von Tradition und Fortschritt. Rund ein Drittel aller ausländischen IT-Spezialisten, die nach Deutschland über die *Blue Card* oder *Green Card* gekommen sind, arbeiten übrigens in Bayern.

Der Freistaat ist aber auch auf zahlreichen anderen Feldern ein Musterschüler: Das Schul- und das Hochschulwesen gelten als vorbildlich, die Zahl der angemeldeten Patente unterstreicht die besondere

Innovationskraft dieses Landes, neben dem Zentrum für Informationstechnologie gibt es in Martinsried einen Bio-Tech-Campus, zu dem mittlerweile 130 Firmen gehören. Im Wettbewerb um die besten Köpfe hat Stoiber sich immer wieder engagiert, um sein Land nach vorne zu bringen. Seine Landsleute haben seinen vitalen Einsatz für das Land honoriert. Trotz eines bundespolitischen Tiefs für die Union gewann er bei der letzten Landtagswahl wieder eine satte absolute Mehrheit. Inzwischen wird er nicht nur als dynamischer Manager, sondern auch als Landesvater wahrgenommen, auch wenn ihm die barocken Attitüden seines Lehrmeisters Franz Josef Strauß oder die gütige Väterlichkeit eines Alfons Goppel abgehen.

Schröders verheerende Bilanz

In der Kompetenzfrage ist Stoiber seinem Gegenüber meilenweit voraus, denn Schröders Bilanz und die seiner rot-grünen Regierungskoalition ist verheerend. Wahlbetrug, Skandale, eine Rekordzahl von abgelösten Ministern pflastern den holprigen Weg des Regierens. Im Wahlkampf versprachen Schröder und sein späterer Finanzminister Oskar Lafontaine, der zu seinem Glück schon im ersten Amtsjahr auf spektakuläre Weise entchwand, eine Million Arbeitlose weniger – ein Ziel, das später auf dreieinhalb Millionen relativiert wurde. Trotz einer Entlastung von über 700 000 Arbeitnehmern auf Grund der geburtenschwachen Jahrgänge, die seit 1999 eine Arbeit suchen, ist die Arbeitslosigkeit auf über vier Millionen gestiegen. Im Osten Deutschlands, von Schröder zur „Chefsache“ erklärt, gibt es 150 000 Menschen mehr ohne Beschäftigung als beim Regierungswechsel. Der Skandal um die Bundesanstalt für Arbeit machte deutlich, dass es mehr um die Verwaltung von Arbeitslosen als um die Vermittlung von Jobs ging. Deutschland, einst die

europäische Wirtschafts-Lokomotive, ist inzwischen Schlusslicht. Mit etwas mehr als einem halben Prozent Wirtschaftswachstum tragen wir die „rote Laterne“. Spitzenreiter sind wir dagegen bei der Neuverschuldung. Mit 2,7 Prozent liegt die Regierung Schröder/Fischer doppelt so hoch wie beim Regierungsantritt, was ihr beinahe einen „Blauen Brief“ der Europäischen Union eingebracht hätte. Eine für Schröder und seinen Finanzminister Eichel peinliche Depesche, die nur durch das ebenso unsolide wie unrealistische Versprechen eines ausgeglichenen Etats bis 2004 verhindert werden konnte.

Gleichzeitig wurden die Bürger mit Steuer- und Beitragserhöhungen kräftig geschöpft: sechs Milliarden Euro durch die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, vier Milliarden durch die vierte Stufe der Ökosteuer. Hinzu kamen die Tabak- und die Versicherungssteuer.

Das „Prunkstück“ rot-grüner Vorzeigepolitik, die Steuerreform, kann gleichfalls als verunglückt angesehen werden. Mittelstand, Handwerker, Freiberufler und Personengesellschaften wurden bei der Ertragssteuer mit 38 Prozent belastet, große Kapitalgesellschaften zahlen zehn Prozent weniger. Stoibers Kommentar dazu: „Der Bundeskanzler hat Volkswirtschaft im Aufsichtsrat von VW gelernt. Deshalb sieht er nur die Chefs der großen Unternehmen und nicht die Mittelständler.“ Kein Wunder, dass das letzte Jahr eine Rekordzahl von Pleiten und Insolvenzen gebracht hat. Die Steigerung betrug fast zwanzig Prozent.

Achillesferse: Vertrauen

Ein Flop wurde auch die Rentenreform von Schröders Arbeitsminister Riester. Zwar ist der Aufbau einer privaten Säule in der Rentenversicherung richtig, betrogen werden allerdings die Bezieher niedriger Einkommen, die gar nicht in der Lage sind, eine zusätzliche Privatrente abzuschließen. Überhaupt sind die Rent-

ner die Leidtragenden dieser angeblich so sozialen Regierung. Seit diese am Ruder ist, haben die Renten an Wert verloren, zunächst durch eine Inflationsanpassung, die mit 0,6 Prozent erheblich unter der damaligen Inflationsrate von 1,9 Prozent lag. Im vergangenen Jahr lag die Rentenanpassung 0,5 Prozent unter der Inflationsrate.

Solide Mathematik ist ohnehin nicht das Gütesiegel dieser Regierung. Zuerst versprach man vollmundig, das Rentenniveau eines Rentners mit 45 Jahren Durchschnittseinkommen und entsprechender Beitragsleistung werde bei 67 Prozent liegen. Nach der neuen Nettoberechnung muss man kleinlaut eingestehen, es seien nur noch 64 Prozent. Um das rettende Ufer der nahenden Bundestagswahl zu erreichen und einen Beitragsanstieg in der Rentenversicherung vorher zu vermeiden, wurden die Rücklagen angegriffen.

Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, bei der erklärtermaßen der Kurs der Regierung Kohl fortgesetzt werden sollte, sind eher Unberechenbarkeit und Konzeptionslosigkeit angesagt. Nach den Terroranschlägen in New York und Washington versicherte Schröder die Amerikaner der „uneingeschränkten Solidarität“ der Deutschen. Eine solche töricht-devote Formel kann nur von einem Mann kommen, dessen antiamerikanische Jugendtörheiten ihn in seiner neuen Rolle zu vorauselendem rhetorischen Gehorsam verpflichteten. Aber auch diese Solidarität reichte nur so lange, bis Washington die „Achse des Bösen“ beim Namen nannte. Chronisch unterfinanziert ist die Bundeswehr, technologisch kann sie mit den wichtigsten Verbündeten nicht mithalten. Nach den Terroranschlägen erhielt der durch Privataffären geschwächte Bundesverteidigungsminister Scharping, der die Bundestagswahl unabhängig von der neuen Regierungskonsellation nicht überstehen durfte, 1,5

Milliarden Euro mehr, doch wurden dafür die Steuern erhöht, was vier Milliarden Euro in die Bundeskasse spülen soll. Dass Schröder sich vor den internationalen Einsätzen der Bundeswehr im Deutschen Bundestag einer Vertrauensabstimmung stellen musste, die nur hauchdünn gewonnen wurde, weil eine Hand voll Grüner den Machterhalt über ihr Gewissen stellte, hat das Vertrauen der freien Welt in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit Deutschlands nicht gerade gestärkt. Überhaupt ist Vertrauen die Achillesferse der Regierung Schröder.

Bessere Kompetenz-Werte für Stoiber

Sieht man vom Bundestagswahlkampf 1972 ab, den Willy Brandt mit der Ost- und Deutschlandpolitik für sich entschied, so waren bei allen anderen Wahlen die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sowie der Arbeitsmarkt immer die beherrschenden Themen. So wird es auch diesmal sein. In den EMNID-Kompetenzbewertungen liegt Stoiber in der Wirtschaftspolitik und beim Arbeitsmarkt klar, bei der Sanierung der Staatsfinanzen knapp vor Schröder. Da der Ruf von Bundesfinanzminister Eichel als eisernem Sparkommissar inzwischen unwiederbringlich dahin ist, dürfte sich der Vorsprung Stoibers auch in der Finanz-Kompetenz noch vergrößern, hat doch die SPD traditionell mit dem Vorwurf zu kämpfen, sie könne nicht mit Geld umgehen. Insgesamt also eine ungewöhnlich gute Ausgangsposition für einen Herausforderer bei den Schlüsselthemen, mit welcher der wiederum nicht zu unterschätzende Kanzlerbonus Schröders unterlaufen werden kann. Insbesondere ist die Enttäuschung in der so genannten „Neuen Mitte“, die Schröders Wahlsieg 1998 möglich gemacht hatte, groß. Jüngste Umfragen zeigen, dass dieses Wählerpotenzial sich eher Stoiber zuzuneigen scheint. Die Stabilität der FDP auf

hohem Niveau beweist überdies, dass es sich bei diesem Meinungsbildungsprozess nicht nur um einen Blutaustausch im „bürgerlichen Lager“, sondern um eine Wanderungsbewegung handelt. Dem strategischen Potenzial der „Neuen Mitte“ hatte Schröder versprochen, „nicht alles anders, aber vieles besser zu machen“. Für sie ist die „ruhige Hand“, mit der Schröder die Wirtschafts- und Finanzkrise meistern will, eine – wie der *Spiegel* schrieb – schlicht untätige Hand. Dabei sonnt sich Schröder in dem Ruf, der „Genosse der Bosse“ zu sein, lässt sich auch gerne als Exministerpräsident von Niedersachsen und VW-Aufsichtsrat als „Automan“ bezeichnen. Die guten Noten, die ihm deutsche Unternehmer noch zur Halbzeit der Legislaturperiode nach dem ersten Katastrophen-Jahr bescheinigten, sind aber längst einer negativen Beurteilung gewichen. Vor allem beim Mittelstand hat der Kanzler jeglichen Kredit verspielt. Mit einer mittelstandsfeindlichen Steuerreform hat er diese Klientel, die das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft und der Motor bei der Schaffung von Arbeitsplätzen ist, verprellt.

Zu voreiligen Siegesfanfaren besteht für die Union und ihren Kanzlerkandidaten dennoch kein Anlass, erhält die Opposition in der Beurteilung ihrer politischen Leistung doch ähnlich dünne Noten. Noch wirken Parteispendenaffären, Führungskämpfe und innere Zerrissenheit nach. Inzwischen hat die Partei, die lange Zeit im freien Fall schien, aber wieder Boden unter den Füßen. Schröder hofft, dass die lahmende Weltkonjunktur deutlich an Schwung gewinnt und auch den „Fußkranken Deutschland“ mitreißt. Selbst eher bescheidene Aufwärts-tendenzen, die sich trotz der unerledigten Hausaufgaben der notwendigen inneren Strukturreformen einstellen können, dürften propagandistisch für einen „Hoffnungswahlkampf“ ausgeschlachtet werden. Für Stoiber kommt es dann ent-

scheidend auf die richtige Tonlage an. Kassandra wird bekanntlich nicht gewählt. Titelverteidiger Schröder machte 1998 vor, wie man offensiv-intelligent als Herausforderer mit einem solchen Thema umgeht. Das sich in der Schlussphase der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl deutlich belebende Wirtschaftswachstum reklamierte er als seinen „Aufschwung“, sozusagen als psychologischen Vorgriff des Wählers auf eine neue, bessere Zeit. Dieser keck Einfall wurde damals nicht als bloße Impertinenz empfunden, weil es eine latente Wechselstimmung gab. Die gibt es diesmal noch nicht. Deswegen muss man die gegenwärtigen Umfragen auch eher als eine Watsche für die Regierung und noch nicht als gesicherte Wechselbereitschaft der Wähler empfinden. Die Union muss noch viel Überzeugungsarbeit leisten, dass sie die bessere Regierung von morgen ist. Stoibers überzeugende Kompetenz-Werte sind aber eine gute Ausgangsbasis für den anstehenden Wahlkampf.

Auch bei Innerer Sicherheit vorne

Betrachtet man den sonstigen Kompetenzen-Wettbewerb, so liegt Stoiber auch bei der Inneren Sicherheit – einer traditionellen Kompetenz-Domäne der Union – deutlich in Führung, obwohl die Bundesregierung nach den Terroranschlägen in den USA Sicherheitspakte aufgelegt hat und Bundesinnenminister Schily sich sehr zum Ärger der Linken als „roter Sheriff“ zu profilieren versucht. Die Union, die schon vor dem 11. September eine bessere Ausstattung von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr verlangt hat, besitzt bei diesem Thema mehr Glaubwürdigkeit. Außerdem kann Stoiber auch hier auf das bayerische Modell verweisen, nämlich große Anstrengungen bei der Inneren Sicherheit, entsprechend niedrige Kriminalität, selbst bei Ausländern. Im rot-grün regierten Nord-

rhein-Westfalen wurden dagegen im letzten Jahrzehnt 7000 Stellen für Polizeibeamte gestrichen. Auch in der Bildungspolitik gibt es einen Vorsprung für den bayerischen Ministerpräsidenten, was angesichts des bundesweit starken Renommeees der bayerischen Schulen und Hochschulen nicht überraschend ist. Mit weitem Abstand führt der Kanzler dagegen in der Sozialpolitik, bei der die Wähler traditionell der SPD höhere Kompetenz-Werte zumessen. Auch in der Ausländerpolitik liegt Schröder vor seinem Kontrahenten. Bemerkenswert in der Image-Untersuchung von EMNID für Stoiber ist vor allem die Tatsache, dass neunzig Prozent der Befragten einen „starken Rückhalt in der eigenen Partei“ für ihn sehen. Schröder kommt trotz der Dauer-Domesizierung des linken Flügels und trotz der von Partei-„General“ Müntefering verordneten Umwandlung der SPD in einen „Kanzlerwahlverein“ nur auf 71 Prozent. Offenkundig spüren die Menschen, dass der Kanzler sich vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik in kritischen Situationen nicht auf seine Partei und schon gar nicht auf seinen grünen Koalitionspartner verlassen kann.

Für Stoiber ist dieses Stimmungsbild besonders erfreulich, hatte er doch lange gezögert, die Kanzlerkandidatur anzustreben, weil er um die innere Geschlossenheit der von Spendenaffären und darauf folgenden innerparteilichen Krisen schwer gebeutelten CDU fürchtete. Zu seinen Traumata gehört nämlich die Kanzlerkandidatur seines Amtsvorgängers und damaligen Chefs Franz Josef Strauß 1980, der nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und vorangegangenen Konflikten in den Unionsparteien erst einen innerparteilichen Spießrutenlauf bei den Christdemokraten durchmachen musste, um im Wahlkampf Unterstützung zu erfahren. Gegenüber der Wählerschaft entstand der verhee-

rende Eindruck, die Union stehe nicht voll zu ihrem Kandidaten, der Helmut Schmidt ablösen und die Wende herbeiführen sollte. Da dies zudem nur mit einer absoluten Mehrheit möglich war, weil die FDP in Treue fest zu ihrem damaligen Koalitionspartner SPD stand, ging Strauß ohnehin in ein aussichtsloses Rennen. Die Rahmenbedingungen für 2002 könnten aber verschiedenartiger nicht sein. Nach zwei Jahren der Depression und einer ersten Erholung gibt es in den Unionsparteien eine verständliche Sehnsucht nach einem Hoffnungsträger, der die Sachthemen wieder in den Vordergrund rücken kann und auch noch eine ernsthafte Chance in der Auseinandersetzung mit Schröder hat. Dass die CDU-Vorsitzende Angela Merkel ihre eigenen Ambitionen in vorbildlichem Stil und politisch geschickt hinter die gemeinsame Sache gestellt hat, kommt als weiteres Plus hinzu. Stoiber kann also mit starkem Rückenwind der eigenen Truppen ins Wahlgefecht gehen. Geschlossenheit ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg.

Dabei hatte es vor Jahresfrist noch so komfortabel für Schröder ausgesehen. Seine Wiederwahl schien vorprogrammiert. Eine noch außer Tritt befindliche defätistische Union, die selbst nicht mehr an ihre Chancen glaubte und die Schröder mit Blick auf die Spendenskandale beliebig an den moralischen Pranger stellen konnte. Zur öffentlichkeitswirksamen Aufrechnung der Sünden sollten die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse als Dauerbrenner aufrechterhalten werden. Das sollte ihm Zeit und Ruhe geben, um strategische Partnerpflege für alle Fälle zu betreiben. Dem rot-grünen Koalitionsfrieden zuliebe beschwore er die Neuauflage des jetzigen Regierungsbündnisses, gleichzeitig flirtete er mit FDP-Chef Guido Westerwelle, aber auch mit PDS-Größen wie Gregor Gysi und Lothar Bisky wurde am Kamin

bei Rotwein und Cohiba-Duft über die Zukunft meditiert. Keines dieser Treffen sollte geheim bleiben. Alle Welt sollte wissen: Die SPD hat alle Optionen und Promiskuität, Partnertausch, gehört zu den Selbstverständlichkeiten des politischen Alltags. Die Lage hat sich inzwischen gründlich verändert. Eine lahme Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit im Rekordhoch, eine von Korruptionsaffären erschütterte Partei, die Moralprediger vom Schlag Münteferings inzwischen in satirischem Licht erscheinen lassen, Scham und auch Parteiaustritte aufrechter Genossen angesichts der rot-roten Verbindung in der Bundeshauptstadt – Schröders „ruhige Hand“ beginnt zu zittern. Dies bringt Imageprobleme, kratzt am Kanzlerbonus. Innerparteilicher Widerspruch wird arrogant abgebügelt, autoritäres Verhalten ersetzt Autorität, mit der schon etwas aufgesetzt wirkenden Gelassenheit ist es dahin. Mit den Grünen als Koalitionspartner rechnet er ohnehin nicht mehr, seine Umgebung raunt Journalisten zu, am liebsten wäre ihm eine große Koalition, natürlich unter seiner Führung.

Wunsch- oder Angstgegner?

Ist Stoiber der Wunsch- oder Angstgegner der SPD? Sprecher der Partei betonen immer wieder, Schröder habe sich dieses Duell gewünscht, weil Stoiber die eigene Parteibasis wie unsicher gewordene, einstige Stammwähler mobilisiere. Ein Argument, das vor der Nominierung Stoibers zum Kanzlerkandidaten auch in manchen Kreisen der Union aufgebracht wurde, geleitet von der Klein-Moritz-Vorstellung, als könne man heimlich, still und leise eine Bundestagswahl gewinnen. Wie auch immer – in der aktuellen politischen Auseinandersetzung mit Stoiber tut sich die SPD eher schwer. Die „Wunschgegner“-Bewertung klingt eher wie lautes Singen während des Vorbeimarsches am Friedhof. Und wenn es um

handfeste Polemik geht, kocht bei der SPD der Chef gerne selbst. So ließ es sich Schröder nach der Nominierung Stoibers zum Kanzlerkandidaten nicht nehmen, höchstpersönlich zu holzen ohne Rücksicht auf den Versuch seiner Imagepfleger, ihn als Staatsmann über den parteipolitischen Niederungen erscheinen zu lassen. Stoiber trage zur „Radikalisierung der demokratischen Rechten“ bei, warf er seinem Rivalen in einem Interview vor. In einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion rückte er den Kandidaten in die Nähe von Berlusconi, Haider und Schill. Sein Geschäftsführer Müntefering bezeichnete Stoiber als „Spalter“ und „Polarisierer“, Etikettierungen, die man im harmoniefetischistischen Deutschland als besonderen Makel im politischen Stil geißeln will.

Für Stoiber scheint der SPD im Übrigen nichts zu teuer. Eine rund 300 000 Euro teure Anzeige im Massenblatt „Bild“ waren der Partei die Ankunft Stoibers in Berlin und sein Machtanspruch wert. Schon nach wenigen Tagen aber besann sich die SPD-Spitze eines Besseren. Sie merkte, dass der Rambo-Stil in der Bekämpfung des angeblichen „Wunschgegners“ unglaublich und kontraproduktiv war. Ab sofort hieß die neue Linie: gespielte Gelassenheit. Die neue Aufgabenteilung ist die alte: Der Kanzler hält sich möglichst aus der offenen Konfrontation heraus, für das Ressort „Schmutz und Schlamm“ ist Müntefering zuständig. Die primitiven Breitseiten gegen Stoiber hatten auch im eigenen Lager für Verstimmlung gesorgt. So gab es Kritik aus den Reihen der ohnehin in ihrer SPD-Solidarität inzwischen unsicher gewordenen Gewerkschaften. Zwar sind sie von einem Kanzlerkandidaten Stoiber alles andere als begeistert, doch wollen sie statt verbaler Diffamierungs-Rundumschläge gezielte Auseinandersetzungen in der Sache über das Regierungsprogramm der Zukunft. Dabei spielt auch eine Rolle, dass

die organisierten Arbeitnehmer in Bayern mehrheitlich Stoiber und die CSU wählen. Im Gegensatz zu Berlin hat Stoiber in seinem Bundesland auch ein funktionierendes „Bündnis für Arbeit“ ins Leben gerufen. Der bayerische DGB-Landesvorsitzende und SPD-Politiker Schösser hatte seinen Ministerpräsidenten im Überschwang sogar als „Lichtgestalt“ bezeichnet.

Freilich gibt es bei der Betrachtung der Wahlausichten auch in der Union den Vorbehalt, ein Bayer tue sich grundsätzlich nördlich der Mainlinie schwer. Vor allem in den norddeutschen Ländern gebe es mentale Vorbehalte. Unabhängig davon, dass Stoiber nicht gerade dem krachledernen Bilderbuch-Image eines Bayern entspricht, gibt es weder bei Umfragen noch bei bisherigen Wahlergebnissen Belege für diese Behauptung. Häufig wird vergessen, dass die Resultate in süddeutschen Ländern bei Wahlen auf anderen Ebenen halt schlicht besser sind. Beim EMNID-Imagevergleich kommt beispielsweise heraus, dass die beiden Kandidaten in der Sympathiefrage und in der Vertrauenswürdigkeit gleichauf liegen, dass Stoiber allerdings als kompetenter und durchsetzungsfähiger angesehen wird. Schröder wird dafür mehr Reformfreudigkeit attestiert. Wenn hohe Veränderungsbereitschaft aber mit einer eher schwachen Kompetenz einhergeht, dürften Wähler allerdings eher nachdenklich werden.

Natürlich kann Schröder – sollte die Wechselstimmung nicht zunehmen – vom Kanzlerbonus profitieren. Deutschlands Wähler sind eher konservativ, und bisher wurde in der Nachkriegsgeschichte noch kein Kanzler nach nur einer Legislaturperiode abgewählt. Bei der Frage nach einer Direktwahl des Kanzlers liegt der Amtsinhaber auch in Führung und deutlich über den Werten für seine eigene Partei. Die Bestückung der politischen Agenda mit den richtigen Themen

für den Wahlkampf und die Kompetenz sind aber die Chancen der Union. Ihr Wahlziel ist klar: stärkste Partei zu werden, um eine Koalition mit der FDP zu bilden. Dann war Rot-Grün nur eine Episode, die in den Geschichtsbüchern kaum Erwähnung finden dürfte. Bis dahin ist es aber noch ein steiniger Weg.

Persönlichkeitsfrage: Echtes Kontrastprogramm

In Stimmungsdemokratien haben die Spitzenkandidaten eine besondere Bedeutung und damit auch die Medien als bewusstseinsbildende Transportschienen, denn das Publikum hat nur Sekundärerfahrungen über die Medien, was die handelnden Politiker angeht. Mit Stoiber und Schröder haben die Wähler im Hinblick auf die Persönlichkeitsstrukturen ein echtes Kontrastprogramm. Was die beiden vereint, sind derselbe Beruf und dieselbe Generation.

Als Heidemarie Wieczorek-Zeul, die damalige Bundesvorsitzende der für eine Systemveränderung kämpfenden Jungsozialisten, in den siebziger Jahren selbstbewusst ankündigte: „Wir sind die SPD der achtziger Jahre“, sollte sie Recht behalten. Die eigentliche Machtübernahme folgte aber erst zwei Dekaden später in Berlin. Mit einer mit ergrautem oder schütterem Haar ausgestatteten Alt-APO, die jetzt ihr letztes Wahlgefecht führt. Das System wurde nicht verändert, aber viele Institutionen geschleift und geschwäch. Schröder gehört zu diesen Achtundsechzigern, die Bilder seines einen Polizisten prügelnden Außenministers führten jedem noch einmal vor Augen, welch tief sitzenden Hass einige der heute Regierenden auf die Staatsgewalt hatten.

Zur Erinnerung: Zu diesem Zeitpunkt war die als restaurativ und revanchistisch beschimpfte Union gar nicht mehr in der Verantwortung, es regierte der friedensbewegte Willy Brandt. Seine selbst ernannten Enkel – Lafontaine, Scharping

und Schröder – verband später nur der gemeinsame Machtanspruch. Außenseiter Schröder, der im Gegensatz zu Lafontaine nie die Seele der Partei traf und dem Traditionsvierein zuwider sind, setzte sich schließlich nach seinem Wahltriumph in Niedersachsen gegen Lafontaine durch, doch die im Wahlkampf vorgeheuchelte Männerfreundschaft hielt nicht lange. Lafontaine verließ in einer Nacht-und-Nebel-Aktion das schwankende Schiff. Die Konfrontation seiner weltfremden Ideologien in der Wirtschaftspolitik mit der grauen Realität war auf Schiffbruch angelegt, außerdem spürte er im Führungskampf, dass auch im politischen Geschäft die alte Skatregel „Ober sticht Unter“ gilt. Scharping, der heute von Schröder in Gutsherrenmanier gnädig ausgehalten und als „Minister auf Zeit“ bespöttelt wird, hatten die beiden Granden von der Saar und aus Niedersachsen nie richtig ernst genommen. Wer sich als Parteichef von einer demagogischen Überraschungs-Rede aus dem Amt jagen lässt, ist für sie nicht satis faktionsfähig. Schröder ist eher ein Mann ohne echte Freunde. Die „frogs“ (friends of Gerhard) sind zumeist vertraute niedersächsische Domestiken wie der umsichtige Hausmeier Steinmeier, Chef des Kanzleramts, oder eher pragmatisch orientierte junge Hoffnungsträger wie sein Staatsminister Bury. Wer wie Schröder als junger Sozialist mehrfach vom Parteiausschluss bedroht war, hält „Stallgeruch“ ohnehin für das falsche Männerparfüm.

Schröders politische Karriere ist im Übrigen schnell erzählt: Juso-Rebell, Zigarren-Gemeinschaftserlebnis mit Fidel Castro, SPD-Bundestagsabgeordneter, dann Ministerpräsident in Hannover, schließlich Kanzler. Dass er viermal den Ehering übergestreift hat, macht er hin und wieder lässig-offensiv selbst zum Thema. Wer wollte ihm das auch verbübeln? Eher schon die gnadenlose Ver-

marktung seiner politisch ambitionierten Exfrau „Hillu“, mit der er in Fernseh-Talkshows ein streitbar-lockeres Familien-Idyll zelebrierte, die er dann aber verließ, um ebenso ungestört wie ungetadelt seine Curry-Würste zu verzehren. Wer Intimes selbst auf den Marktplatz zerrt, sollte sich über die eine oder andere journalistische Entgleisung des Boulevards nicht wundern. Kanzler-Gattinnen spielen nach US-Vorbild inzwischen auch in deutschen Wahlkämpfen eine Rolle, und so kann man davon ausgehen, dass Schröder seine ebenso sympathische wie intelligente Frau – die Journalistin Doris Schröder-Köpf – in die Kampagne publikumswirksam einbaut.

Stoiber kokettiert mit seiner Beständigkeit in der Partnerschaft. Er wolle sich nicht dafür entschuldigen müssen, noch immer mit derselben Frau zusammenzuleben. Seine Frau Karin, selbstbewusst und stark, wird in den kommenden Monaten auch vermehrt an seiner Seite auftreten. Ansonsten ist Stoiber ein Mann der Lafontaineschen Sekundärtugenden: Fleiß, Leistungsbereitschaft, Disziplin, er kann zuhören, auch Kritik ertragen, fordert viel von seiner Mannschaft, ist aber gleichzeitig bereit, sein Bestes zu geben. Makellos ist seine Biografie, für seine Kritiker zu aalglatt und stromlinienförmig: juristisches Studium, Promotion, Staatsdiener, Landtagsabgeordneter, CSU-Generalsekretär, Chef der Staatskanzlei, Innenminister, Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender. „Vergangenheitsbewältigung“ des polemischen Strickmusters sollte die Union mit Blick auf Biografien unterlassen. Einerseits will das Publikum Zukunftsentwürfe sehen, andererseits akzeptiert es Häutungen. Verlorene Söhne an der Spitze des Familien-Clans wiederzusehen scheint seinen Reiz zu haben. Jeden-

falls hat die Vergabeung von Jugendsünden Hochkonjunktur.

„One-man-Show“ kontra Team

Die SPD ist inzwischen stärker als alle anderen Kanzler-Parteien zuvor zum Kanzlerwahlverein mutiert. Später definieren die SPD als „Schröder-Partei Deutschlands“. Im Wahlkampf wird es für sie also „auf den Kanzler ankommen“. Alles schon mal da gewesen. In unterschiedlichen parteipolitischen Konstellationen. Eine „One-man-Show“ ist schon deswegen zu erwarten, weil Schröder in seinem Kabinett nichts Vorzeigbares mehr anzubieten hat. Eichels Versetzung ist nach dem „Blauen Brief“ gefährdet, Schäring übt sich nur noch in Selbstverteidigung, Schily hat das Ruhestandsalter längst überschritten, ist überdies durch die Schlamperei in seinem Amt beim NPD-Verbotsantrag beschädigt. Den Rest der Riege kennt ohnehin kaum jemand. Für Stoiber, der seine Ecken und Kanten nicht verbergen und allen Weichspülungsversuchen widerstehen sollte, kommt es auf ein klar konturiertes Wahlprogramm vor allem in der Wirtschafts- und Familienpolitik an. Um neue Akzente zu setzen, braucht man Mut.

Die Stimmung in der Bevölkerung ist eher widersprüchlich. Sie lautet: nicht weiter so, aber keine Experimente. Stoiber hat in Bayern bewiesen, dass er es kann, aber der Freistaat ist nicht Deutschland. Der Solo-Vorstellung Schröders sollte Stoiber auch mit einem in einer starken Führungsmannschaft gebündelten „Kompetenz-Zentrum“ entgegentreten. Das bessere Konzept und die eindrucksvollere Mannschaft – das sind die Voraussetzungen für die „politische Champions League“. Als Verwaltungsrat des FC Bayern München weiß man das.